9881/AB vom 21.11.2016 zu 10300/J (XXV.GP)



Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie

An die Präsidentin des Nationalrates Doris Bures Parlament 1017 Wien GZ. BMVIT-9.000/0062-I/PR3/2016 DVR:0000175

Wien, am 21. November 2016

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Rauch und weitere Abgeordnete haben am 21. September 2016 unter der Nr. 10300/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Inserate im aktuellen Schulplaner der Sozialistischen Jugend, der vor Bildungseinrichtungen verteilt wurde gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

## Zu den Fragen 1 bis 3 und 7:

- Wurde seitens Ihres Ministeriums im aktuellen Schulplaner der Sozialistischen Jugend inseriert?
- Wenn ja, wie hoch waren die Kosten für diese Werbeschaltungen?
- Wenn ja, welcher Zweck wurde mit diesen Inseraten verfolgt?
- Werden Sie im kommenden Jahr erneut in diesem Schulplaner inserieren?

Im Schulplaner der Sozialistischen Jugend erfolgte seitens des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie eine Schaltung in Form eines einseitigen Inserates mit Kosten in der Höhe von € 4.536,-- (inkl. Steuern und WA).

Das bmvit schaltet Anzeigen nach den Kriterien Zielgruppe und Reichweite. Im gegenständlichen Kalender wurde geschaltet, um einer jungen Zielgruppe die "bmvit INFOTHEK" näher zu bringen. Die bmvit INFOTHEK ist ein Online-Angebot des Ressorts, das u.a. Interesse für Forschung und Technologie wecken soll. Für das kommende Jahr liegen noch keine Pläne vor.

## Zu den Fragen 4 und 5:

- ➤ Hat Ihr Ministerium in den Jahren 2015, 2014 und 2013 ebenfalls im Schulplaner der Sozialistischen Jugend inseriert?
- Wenn ja, wie hoch waren die Kosten hierfür?

Seitens des bmvit wurden im angefragten Zeitraum folgende Einschaltungen im SchülerInnenkalender der Sozialistischen Jugend durchgeführt:

Jahr	Gesamtsumme € (inkl. Steuern und WA)
2013	16.632,
2014	16.632,
2015	4.536,

## Zu Frage 6:

> Wie Medienberichten zu entnehmen ist, wurde der gegenständliche Schulplaner in aufdringlicher Art und Weise vor steirischen Schulen verteilt. Wie stehen Sie zu dieser Art der politischen Werbung vor Bildungseinrichtungen?

Diese Frage betrifft keinen Gegenstand meiner Vollziehung. Im Übrigen verweise ich auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 2616/J vom 26. September 2014 durch die damalige Bundesministerin für Bildung und Frauen.

Mag. Jörg Leichtfried